

## Aus der Chronik der Vereinigung zur Förderung des Petitionsrechts in der Demokratie e.V.

1983	18. Oktober	Idee einiger BremerInnen um den Lehrerausbilder Reinhard Bockhofer für Petitionsaktion gegen die geplante Aufstellung atomarer Waffensysteme („Nachrüstung“)
	7. November	Start der ersten Petition der Gruppe, Umsetzung als „Ketteneilbriefe“, gerichtet an den Präsidenten des Deutschen Bundestags; als Kontrolladresse wird die Frankfurter Rundschau (FR) verwendet
	22. November	<i>Der Deutsche Bundestag beschließt die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses</i>
	22. November	Mit der Entscheidung über die Nachrüstung im Bundestag ist die Petitionsaktion beendet
1984	7. Januar	Konstituierende Sitzung der „Initiative Bremer Abrüstungspetition“ (IBA), informelle Vorläuferin der Vereinigung
	19. Januar	Die IBA lanciert in einer zweiten Kettenbrief-Aktion die „Bremer Abrüstungspetition“, als Kontrolladresse wird ein Postfach verwendet
	30. Januar	Einreichung der Bremer Abrüstungspetition beim Deutschen Bundestag; das Datum markiert zugleich den von der IBA selbst gesetzten Start der Sammlung von MitzeichnerInnen
	31. Dezember	Ende der von der IBA gesetzten Mitzeichnungsfrist für die Bremer Abrüstungspetition
1985	6. Februar	Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags entscheidet über die Bremer Abrüstungspetition
	18. April	Die Grundforderungen der Bremer Abrüstungspetition werden im Plenum des Deutschen Bundestags behandelt
	16. Dezember	Auf Einladung der Bundespressekonferenz stellen einige Mitglieder der IBA, unter ihnen Bockhofer, ihren Fall in Bonn vor, verbunden mit der Bitte um angemessene Berichterstattung. Nicht zuletzt wegen der zeitgleich stattfindenden Grundsatzrede des Kanzlerkandidaten der SPD Johannes Rau ist das Interesse der JournalistInnen gering
1986	19. Juni	Die gesammelten Zusatzforderungen aus der Bremer Abrüstungspetition werden, nach Verfahrenskritik der IBA, im Plenum des Deutschen Bundestags behandelt, die Petition somit ein zweites Mal im Parlament behandelt
	27. August	Verfassungsbeschwerde der IBA über den Deutschen Bundestag beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wg. ungeklärten Verbleibs der Ketteneilbriefe von November 1983
	11. September	Das BVerfG lässt die Eingabe der IBA vom 27. August 1986 nicht zu und verweist mangels Erschöpfung des Rechtswegs auf ein Verfahren bei den „zuständigen Fachgerichten“
	11. Dezember	Gründungsversammlung der Vereinigung zur Förderung des Petitionsrechts in der Demokratie e.V. mit Verabschiedung der Satzung; die erste Vorstandswahl erfolgte im Januar 1987
1987	12. Januar	Vorstandswahl der Vereinsgründung der Vereinigung zur Förderung des Petitionsrechts in der Demokratie e.V., damit Vollendung der

		Vereinsgründung
	25. Januar	Bundestagswahl 1987
	27. - 29. März	Referat des Ersten Vorsitzenden Reinhard Bockhofer auf der Tagung „Bürgerwille und Parteienherrschaft – Für eine demokratische Aneignung von Politik“ der Evangelischen Akademie Loccum
	21. April	Eintragung ins Vereinsregister des Amtsgerichts Bremen (unter 39 VR 4 2 3 4)
	Im Frühjahr	Auf Initiative des Vorsitzenden und SPD-Mitglieds Bockhofer erhält eine reformorientierte Passage zum Petitionsrecht Eingang in den „Bremen-Plan“, das Wahlprogramm der SPD zur Bürgerschaftswahl 1987 in Bremen
	11. Juni	Einreichung mehrerer Leistungsklagen beim Verwaltungsgericht Köln (VG Köln) wg. ungeklärten Verbleibs der Ketteneilbriefe, zur Frage der „sachlichen Prüfung“ der Bremer Abrüstungspetition sowie der als unvollständig bemängelten Behandlung weiterer Petitionen; als Kläger fungiert der Erste Vorsitzende der Vereinigung Reinhard Bockhofer
	21. August	Das Finanzamt Bremen erkennt der Vereinigung die einfache Gemeinnützigkeit zu
	4. September	„Petitionsrecht – Dialogchance zwischen Wahlen?“, Veranstaltung der Vereinigung zum Petitionswesen, als Gäste u.a. Herta Däubler-Gmelin (MdB, SPD) und Horst Isola (SPD, Kandidat für die Bremische Bürgerschaft), Packhaus Theater im Schnoor, Bremen
	13. September	12. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft
1988	7. Juli	Mündliche Verhandlung vor dem VG Köln zu drei am 11. Juni 1987 eingereichten Leistungsklagen. Die Behandlung von Bockhofers Ketteneilbrief durch den Deutschen Bundestag wird protokollarisch als mangelhaft gerügt; im Übrigen werden die Anträge von Bockhofer mangels Aussicht auf Erfolg zurückgezogen
	24. August	Treffen der Vereinigung mit dem Vorsitzenden und der stellvertr. Vorsitzenden des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft (Vorsitzender Helmut Pflugradt (MdB, CDU), Stellvertreterin Hildegard Lenz (MdB, SPD))
	27. Oktober	„Mehr Demokratie durch Volksentscheide – Soll Bremen die „Aktion Volksentscheid“ unterstützen?“, Veranstaltung der Vereinigung zur „Aktion Volksentscheid“ im Bürgerhaus Weserterrassen, Bremen
1989	17. Februar	Die Vereinigung lädt die Bürgerschaftsfraktionen zu ihrer Jahreshauptversammlung ein, als Gast anwesend Horst Peter aus Kassel (MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Petitionsausschuss); mit Horst Frehe (MdB, Die Grünen) erscheint lediglich ein Abgeordneter der Bürgerschaft
	7. Oktober	Ein vielbeachteter Artikel in der Frankfurter Rundschau auf der Grundlage einer Presseerklärung der Vereinigung kritisiert die Petitionspraxis in Bremen
	17. Oktober	Ein Aufruf der Vereinigung, Erfahrungsberichte zu Petitionen in Bremen zu schicken, wird im Weser Kurier veröffentlicht. In der Folge treffen 31 Berichte von PetentInnen beim Verein ein.

	31. Oktober	Treffen der Vereinigung mit dem Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft
	8. November	Volker Kröning (SPD), Senator für Justiz und Verfassung, besucht ein Vereinstreffen der Vereinigung; das Treffen findet bei Vereinsmitglied Andreas Röpcke statt
1990	6. März	Die Vereinigung lädt zu ihrer Jahreshauptversammlung ins Bürgerzentrum Neue Vahr, ein vielbeachteter Artikel im Weser Kurier vom folgenden Tag kritisiert die Petitionspraxis in Bremen, u.a. mit Verwendung von Aussagen Volker Krönings vom 8. November 1989
	23. Mai	„Von der Untertanenbitte zum politischen Bürgerrecht – Zur Reform des Petitionsrechts“, Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) unter Beteiligung der Vereinigung, Café Buchner, Bremen; das Datum wurde von der Vereinigung bewusst anlässlich der sich jährenden Ratifizierung des Grundgesetzes gewählt und wird auch später als „Tag des Grundgesetzes“ bevorzugt für Veranstaltungen genutzt
	7. Juli/18. August/1. September	Infotische der Initiative im Rahmen der Zweiten Bremer Abrüstungspetition / Unterschriftensammlung
	17. Dezember	Die Vereinigung nimmt (auch finanziell) die Unterstützung einer Verfassungsbeschwerde auf, die bezüglich einer Klage zur Begründungspflicht bei Petitionsantworten anlässlich der „Hollerland-Petition“ von Ulrich Barth (SPD) erfolgt; vertreten wird die Verfassungsbeschwerde durch den Juristen Thomas Würtenberger, Freiburg
1991	9. Januar	Die Vereinigung veranstaltet eine Anhörung zu den Gesetzentwürfen von SPD und CDU zur geplanten Reform des Petitionsrechts, Bremer Staatsarchiv
	11. Februar	Einladung der Vereinigung in die Bremische Bürgerschaft zu einer Anhörung des Petitionsausschusses zur geplanten Reform des Petitionsrechts
	15. Februar	Einladung der Vereinigung zu einer Anhörung der SPD-Bürgerschaftsfraktion zur geplanten Reform des Petitionsrechts; im Rahmen der Veranstaltung erste Ermunterung an die Vereinigung, ein Handbuch zum Petitionsrecht zu erstellen durch den niedersächsischen Juristen und Politiker Werner Holtfort (SPD)
	26. Februar	Fortsetzung der Anhörung des Petitionsausschusses vom 11. Februar
	13. März	<i>Reform des Petitionsgesetzes in Bremen</i>
	29. September	<i>13. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft</i>
	18. Oktober	Einladung der Vereinigung in den Thüringer Landtag zu einer Anhörung zur Verankerung des Petitionsrechts in der Landesverfassung und einem geplanten Bürgerbeauftragten; die Vereinigung gibt Stellungnahmen ab
	2. November	Die Vereinigung bringt im Bundestag Vorschläge zur geplanten Reform des Grundgesetzes als Petition ein
1992	16. Januar	<i>Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und</i>

		<i>Bundesrat (GVK) nimmt ihre Arbeit auf</i>
	8. Oktober	Der Deutsche Bundestag beschließt formal, die Petition der Vereinigung vom 2. November der GVK zuzuleiten; die Petition gilt dem Petitionsausschuss damit als abschließend beschieden
	15. Mai	Die von der Vereinigung unterstützte Verfassungsbeschwerde Ulrich Barths zur Begründungspflicht bei Petitionsantworten wird vom BVerfG nicht zur Entscheidung angenommen (Hollerland-Petition)
	21. Mai	Referat des Vorsitzenden Bockhofer zum Petitionsrecht in Bremen beim SPD-Ortsverein Horn-Lehe im Hotel Deutsche Eiche, Bremen
	2. September	Die Vereinigung bringt Vorschläge zur geplanten Reform der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in die Diskussion der Bremischen Bürgerschaft ein
	7. Dezember	Manfred Fluß (MdBB, SPD), Vorsitzender des nichtständigen Ausschusses „Reform der Landesverfassung“, referiert bei einem Vereinstreffen zum Stand der Beratungen im Ausschuss; das Treffen findet bei den Vereinsmitgliedern Traute und Günther Eisenhauer statt
1993	2. Februar	Henning Scherf (SPD), Senator für Justiz und Verfassung, besucht eine Vereinssitzung und spricht mit der Vereinigung über Probleme des Ausländerwahlrechts auf Kommunal- und Landesebene; das Treffen findet bei Vereinsmitglied Rudolf Prahm statt
	5. Mai	Günter Klein (MdB, CDU), Bremer Abgeordneter und Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission (GVK), referiert bei einem Vereinstreffen zum Stand der Beratungen in der GVK; das Treffen findet im Haus der Bürgerschaft statt
	1. Juli	<i>Die GVK schließt ihre Beratungen zur bundesdeutschen Verfassungsreform ab, am 29. Oktober 1993 beendet sie ihre Arbeit und legt einen Abschlussbericht vor.</i>
1994	15. Februar	„14 Jahre Abgeordneter im Bonner Petitionsausschuss“, Vortrag von Horst Peter (MdB, SPD) auf Einladung der Vereinigung, im „Kaiser Friedrich“ im Schnoor, Bremen
	18. Februar	Die Vereinigung schickt Kritik am Umgang der GVK mit den zahlreich bei ihr eingegangenen und ihr zugeleiteten Eingaben an 40 Gruppen und Organisationen, die ebenfalls versucht haben, sich in die Beratungen einzubringen; die Rückmeldungen werden vom Verein gesammelt
	3. Juni	Hermann Kuhn (MdBB, Bündnis 90/Die Grünen) referiert auf einer Vereinssitzung zum Stand der Beratungen der Bürgerschaft zur Bremer Landesverfassung; das Treffen findet bei Reinhard Bockhofer statt
	September	Die Vereinigung erstellt ein Flugblatt („Mit Nichtwählern reden!“) als Aufforderung an Bürgerinnen und Bürger, an der bevorstehenden Bundestagswahl teilzunehmen
	16. Oktober	<i>Bundestagswahl 1994, in Bremen zugleich Volksentscheid über die Reform der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen</i>
	30. Oktober	Der langjährige Mentor der Vereinigung Horst Peter (MdB, SPD) scheidet aus dem Bundestag aus
1995	12. Januar	Einladung der Vereinigung nach Bonn durch die neue Vorsitzende des

		Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag, Christa Nickels (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)
	17. Januar	Beschluss der Vereinigung, wegen des ihrer Meinung nach nicht erfolgten abschließenden Bescheids zu ihrer Petition vom 2. November 1991 an den Bundestag (Verfassungsreform/GVK) eine Klage beim VG Köln einzureichen; die Vereinsitzung findet bei Horst Frehe statt
	20. Januar	Erteilung der Vollmacht zum Führen des Verfahrens am VG Köln an den Bremer Rechtsanwalt Axel Adamietz
	2. Mai	Pressekonferenz der Vereinigung zum Bremer Petitionsrecht im „Kaiser Friedrich“ im Schnoor, Bremen
	14. Mai	14. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft
	17. Mai	Einreichung der Klage beim VG Köln wegen der Behandlung der Petition der Vereinigung vom 2. November 1991
1996	22. Januar	<i>Entscheidung des StGH Bremen bzgl. der Zulässigkeit und Reichweite der Untersuchungsrechte des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft (anlässlich einer Petition zur Hans-Wendt-Stiftung)</i>
	25. Januar	Pressekonferenz der Vereinigung als Stellungnahme zur Entscheidung des StGH Bremen, im „Kaiser Friedrich“ im Schnoor, Bremen
	25. Januar	„Chancen einer Petition: Erfahrungen, Kritik und Reformvorschläge“, Diskussion mit Teilnahme von Horst Isola, Axel Adamietz, Rolf Herderhorst, Christine Bernbacher und Horst Ochs, Ortsamt Obervieland, Bremen
	13. Juni	Pressekonferenz der Vereinigung gemeinsam mit dem Zentralelternbeirat (ZEB) zu Quoren bei der Volksgesetzgebung, unter Beteiligung der ZEB-Vorsitzenden und Vereinsmitglied Marianne Isenberg
	19. November	„Grundrecht auf Petition als Unterrichtsthema“, Veranstaltung zum Petitionsrecht als Lehrerfortbildung durch den Vorsitzenden Bockhofer und Vereinsmitglied Günther Eisenhauer
	6. Dezember	„Petitionen! - Mit Bürgeranträgen und Beschwerden die Zuschauerdemokratie überwinden?“, Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen des Vereins unter Schirmherrschaft von Bürgermeister Henning Scherf (SPD), den Festvortrag hält der Bremer Rechtswissenschaftler Dian Schefold, Bremer Rathaus
		Im Rahmen der Veranstaltung vom 6. Dezember konkretisiert die Vereinigung die Idee zu einem umfassenden Handbuch zum Petitionsrecht
1997	4. März	Einladung der Vereinigung zum Werkstattgespräch „Das Petitionsrecht auf zwei Füße stellen!“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bonn; der Aufruf „16 Forderungen, die das Petitionsrecht aufwerten“ der Vereinigung erscheint in der zugehörigen Dokumentation des Gesprächs (Broschüre) als Material im Anhang
1998	9. März	Referat von Bockhofer bei einer Feierstunde zur Erinnerung an die Petition vom 8. März 1848, eine Veranstaltung des Petitionsausschusses im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft
	15. September	„Erfahrungen der Vorsitzenden des Petitionsausschusses“,

		Diskussionsabend mit Christa Nickels (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags, im Haus der Bürgerschaft
1999	12. Oktober	Die Vereinigung präsentiert ihr Handbuch zum Petitionsrecht vorab im Haus der Bürgerschaft
	14. Oktober	Offizielles Veröffentlichungsdatum des Handbuchs zum Petitionsrecht unter dem Titel „Mit Petitionen Politik verändern“ im Nomos Verlag, Baden-Baden, herausgegeben durch Reinhard Bockhofer; der Veröffentlichungstermin wurde anlässlich des 50. Jahrestags des Petitionsausschusses des Bundestags gewählt
	27. Oktober	Einladung der Vereinigung zur Feierstunde des Petitionsausschusses des Bundestags nach Berlin, aus Anlass zu dessen 50-jährigem Bestehen
2000	18. September	Referat des Vorsitzenden Bockhofer bei einer Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion zu einer Reform des Petitionsrechts, Berlin
	21. November	Mündliche Verhandlung vor dem VG Köln zur Behandlung der am 2. November 1991 im Bundestag eingereichten Vorschläge der Vereinigung zur Reform des Grundgesetzes; die Klage wird als unbegründet abgewiesen
2001	6. Januar	RA Adamietz beantragt für die Vereinigung die Zulassung der Berufung gegen das Urteil des VG Köln vom 21. November 2000
	30. April	Oberverwaltungsgericht NRW/Münster gibt dem Antrag auf Berufung gegen das Urteil des VG Köln vom 6. Januar 2001 nicht statt
	6. Juni	Die Vereinigung legt Verfassungsbeschwerde wegen der Behandlung ihrer Petition vom 2. November 1991 ein; die Beschwerde wird im Folgenden vom BVerfG nicht zur Entscheidung angenommen
2003	23. Mai	„Mit Petitionen Politik verändern“, Tagung zum Tag des Grundgesetzes, u.a. mit TeilnehmerInnen aus dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags, Bremer Kunsthalle
		Begleitend zur Tagung der Vereinigung werden in einer Sonderausstellung Karikaturen zum Petitionsrecht präsentiert, Tagungssaal der Kunsthalle Bremen
	September	Veröffentlichung des Berichts der Tagung vom 23. Mai 2003 unter dem Titel „Demokratie wagen – Petitionsrecht ändern!“ im Donat Verlag, Bremen
	12. September	Der Vereinigung wird nach einer Satzungsänderung die volle Gemeinnützigkeit zuerkannt
	26. September	Treffen der Vereinigung mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses Marita Sehn (MdB, FDP) und Obleuten des Petitionsausschusses, Übergabe des Tagungsberichts „Mehr Demokratie wagen – Petitionsrecht ändern!“, Berlin
	22. November	Petition der Vereinigung an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit der Bitte, die Einreichung von Petitionen auch in elektronischer Form zuzulassen (per E-Mail eingereicht)
2004	26. Januar	Einladung der Vereinigung zur SPD-Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion/AG Petitionen in den Deutschen Bundestag, mit einem Grußwort des Vorsitzenden Bockhofer, Berlin

	6. Juli	„Sich einmischen in Bremen – aber wie? Massenpetition – Bürgerantrag – Volksbegehren, Volksentscheid“, gemeinsame Veranstaltung mit dem Bremer Forum für Wohn- und Lebensqualität e.V., den Freunden der Uniwildnis e.V. und Mehr Demokratie e.V., Domkapitelhaus
2005	26. April	Referat des Vorsitzenden Bockhofer zum Petitionsrecht bei einer Podiumsveranstaltung der Bundeswehr/4. Luftwaffendivision Aurich
	23. Mai	„Vorkämpfer/-innen der freiheitlichen und sozialen Demokratie“, Tagung zum Tag des Grundgesetzes, Begrüßung durch Christian Weber, Teilnahme u.a. von Klaus Hagemann (MdB, SPD), stellv. Vorsitzender des Petitionsausschusses, Festsaal im Haus der Bürgerschaft
	11. Juni	Teilnahme am Arbeitstreffen der Petitionsausschussvorsitzenden, der Petitionsausschussmitglieder Ost und der Bürgerbeauftragten der Länder, Thema: „Petitionen als politisches Instrument nutzen – Petitionsrechte stärken“, Magdeburg
	1. September	<i>Der Deutsche Bundestag richtet Onlinepetitionen per Webformular ein, des weiteren, zunächst als Modellversuch, die „Öffentlichen Petitionen“ als Webangebot mit Mitzeichnungsmöglichkeit sowie die regelmäßige Durchführung von öffentlichen Anhörungen bei ausreichender Mitzeichnung einer Petition</i>
2006	21. November	„Mit Petitionen auf EU-Politik einwirken“, gemeinsame Veranstaltung mit der Europa-Union e.V., zugleich 20-jähriges Jubiläum des Vereins
2007	Mai	Veröffentlichung des Berichts der Tagung vom 23. Mai 2005 unter dem Titel „Verachtet, verfolgt, verdrängt. Deutsche Demokraten 1760 - 1986“ im Donat Verlag, Bremen
	23. Mai	„Öffentliche Petitionen und E-Petitionen“, Veranstaltung zum Tag des Grundgesetzes, unter Teilnahme von Gabriele Lösekrug-Möller, (MdB, SPD), Haus der Bürgerschaft
	31. Mai	Referat des Vorsitzenden Bockhofer zum Petitionsrecht an der Universität Luzern, Schweiz
	5. November	Einladung der Vereinigung zur Anhörung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag „Mit Petitionen Politik ändern – Mit Politik das Petitionsrecht ändern“, Referate des Vorsitzenden Bockhofer sowie des Vereinsmitglieds Peter Lehmann (ehem. MdBB, Bündnis 90/Die Grünen); Berlin
2008	27. Juni	Einladung der Vereinigung zur Präsentation des Jahresberichts des Petitionsausschusses durch Gabriele Lösekrug-Möller, (MdB, SPD) und Klaus Hagemann (MdB, SPD)
	7. November	Einladung der Vereinigung zur öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft zum Petitionsrecht, Kurzreferat des Vorsitzenden Bockhofer
2009	4. Mai	„Was kann der europäische Bürger tun?“, Veranstaltung mit Gerhard Grill, Rechtsberater bei der EU-Bürgerbeauftragten, Haus der Bürgerschaft
	Oktober	Veröffentlichung des von Reinhard Bockhofer verfassten Jugendbuchs „Überfall auf Chûnanûp – Unrecht im alten Ägypten“ im Donat

		Verlag; die Geschichte über die älteste bekannte Petition ist dem Petitionsausschuss des Bundestags zum 60-jährigem Bestehen gewidmet
	17. November	Lesung und Buchpräsentation von „Überfall auf Chûnanûp – Unrecht im alten Ägypten“, mit Einführung durch den ehem. Bürgermeister Hans Koschnick (SPD), Buchhandlung Leuwer, Bremen
2010	25. Oktober	Einladung der Vereinigung zur Fachtagung „Mit Petition zu ePartizipation“ der Arbeitsgruppe Petitionen der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
2011	29. März	Barbara Lippa, Soziologin, referiert bei einer Vereinssitzung zu Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung; das Treffen findet beim Vorsitzenden Bockhofer statt
	28. April/28. Juni	Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen, referiert bei zwei Vereinssitzungen zur Konkurrenzsituation der Bremischen Krankenhäuser aus Sicht des Finanzressorts, das Treffen findet bei den Vereinsmitgliedern Christine Bernbacher respektive Eberhard Ludewig statt
2012	23. Mai	„Demokratie fällt nicht vom Himmel“, Tagung zum Tag des Grundgesetzes, zugleich 25. Jubiläum des Vereins, Eröffnung der Tagung durch Christian Weber (SPD), Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Vorträge u.a. von Karoline Linnert, dem Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst sowie dem Juristen und Vereinsmitglied Erich Röper, Festsaal im Haus der Bürgerschaft
	24. Juli	Elisabeth Motschmann (MdBB, CDU), Vorsitzende des Petitionsausschusses, berichtet auf einer Sitzung der Vereinigung über die Erfahrungen mit dem seit 1. Januar 2010 reformierten Bremer Petitionsrecht und der daraufhin angepassten Verfahrensordnung; das Treffen findet beim Vorsitzenden Bockhofer statt
2013	7. Februar	Einladung der Vereinigung zur öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, im Auftrag der Vorsitzenden des Petitionsausschusses Motschmann; zugleich 200. Mitgliedsversammlung des Vereins, Sitzungsaal der Bürgerschaft Bremen
	Juni	Die Bremische Bürgerschaft gibt eine politikwissenschaftliche Studie in Auftrag, in deren Rahmen eine Aufarbeitung der Geschichte der Vereinigung erfolgen soll
	5. Juni	Der „Unterausschuss zur Überprüfung des Petitionsrechts“ des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft beschließt, einen VertreterIn der Vereinigung als „ständigen Gast“ zu seinen Sitzungen zuzulassen; die Vereinigung nimmt im weiteren Verlauf der Beratungen an mehreren Sitzungen des Unterausschusses teil und wird in die Beratungen einbezogen
2014	August	Veröffentlichung des Berichts der Tagung vom 23. Mai 2012 unter dem Titel „Demokratie fällt nicht vom Himmel“ im Donat Verlag, Bremen
	22. September	Einladung der Vereinigung zum gemeinsamen Zweijahres-Treffen der Petitionsausschüsse Bund und Länder, Referat des Vorsitzenden Bockhofer, Bremische Bürgerschaft



	21. Oktober	„Petitionen, öffentliche Petitionen, Europäische Bürgerinitiative. Freundliche Neutrinos der Demokratie“, Tagung mit Vorträgen von Gabriele Piontkowski (MdBB, CDU), Vorsitzende des Petitionsausschusses, Klaus Hagemann sowie des Potsdamer Juristen Hartmut Bauer, Haus der Wissenschaft, Bremen
2015	27. April	Gemeinsame Sitzung des Vereins mit der Petitionsplattform „OpenPetition“ im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin
	18. November	Einladung des Vorsitzenden Bockhofer zur gemeinsamen öffentlichen Anhörung der Ausschüsse für Recht und für Petitionen der Bremischen Bürgerschaft zum Petitionsrecht (Teilnahme nicht möglich, eine Stellungnahme der Vereinigung wurde eingereicht)
2016	1. Juli	Nach nahezu drei Dekaden tritt Reinhard Bockhofer vom Amt des Ersten Vorsitzenden zurück. Sein Nachfolger wird in Peter Lehmann, Berlin, gefunden